

# Hilfe nicht nur im Winter!

## 75 Jahre Winterhilfe Jubiläums-Delegiertenversammlung 2011

Walter Schmid,  
Bern, 4. November 2011

Anrede

### I. Einleitung

Ich danke für die besondere Ehre, anlässlich Ihres Jubiläums zu Ihnen sprechen zu dürfen. Die Winterhilfe Schweiz feiert ihren 75. Geburtstag. Das ist zweifellos ein besonderer Anlass. Längst nicht jede Institution erreicht dieses Alter und konnte sich einen im ganzen Land bekannten Namen und einen guten Ruf schaffen. Vielleicht wissen die Leute nicht genau, was die Winterhilfe ist und was sie tut, das ist möglicherweise ihr Problem, aber sie genießt Vertrauen und das ist ihr Kapital. Freuen wir uns heute an diesem Kapital. Ihren Protokollen konnte ich entnehmen, dass Sie sich des Reformbedarfs unserer Jubilarin durchaus bewusst sind und die entsprechenden Fragen angehen wollen. Es warten Aufgaben für die Zukunft, doch alles zu seiner Zeit. Ein Jubiläum ist ein Geburtstag, wo man in allererster Linie all jenen zu Dank verpflichtet ist, welche die Institution ins Leben gerufen und seither am Leben erhalten haben. Es sind Tausende, welche sich in all den Jahren in der einen oder andern Form für die Winterhilfe eingesetzt haben. Und Jubiläen sind ein Anlass, den Blick über die alltäglichen Fragen und Sorgen hinaus zu erheben, in längeren Perspektiven zu denken und in die Sterne zu schauen. Das macht im Falle der Winterhilfe besonders Sinn, da der Stern von Anfangs an den Weg dieser Institution begleitet hat.

Ebenfalls Ihren Protokollen konnte ich entnehmen, dass Sie sich mit dem Gedanken getragen haben, die Jubiläumsveranstaltung dem Thema Kinderarmut zu widmen. Das wäre in der Tat auch ein sehr interessantes Thema und politisch von einiger Relevanz, sind es doch vor allem Kinder, die in diesem Land von Armut betroffen sind. Doch habe ich mich entschlossen, heute nicht über eine besondere Bevölkerungsgruppe zu sprechen, sondern die weite Freiheit, die mir der Titel meines Referates gewährt, zu nutzen, einige grundsätzliche Gedanken zur Solidarität mit Ihnen zu teilen.

### II. Solidarität und unmittelbare Not

Wir erinnern uns an die Gründung der Winterhilfe. Es war im Jahr 1936 als die Not in der Folge der Wirtschaftskrise besonders gross war. Die Winterhilfe ist nicht die einzige soziale Institution, die in diesem Jahr gegründet wurde. Wobei das Wort Gründung erst aus der Rückschau angebracht ist. Die Winterhilfe war zunächst eine Initiative, eine einmalige Sammelaktion, die später wiederholt wurde und zu einer Institution wurde. Das gilt auch für andere Initiativen jener Zeit. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe beispielsweise, die ich neun Jahre leiten durfte, hat ebenfalls dieses Geburtsjahr 1936. Krise, Not, heraufziehende Kriegsgefahr und weitgehendes Fehlen eines Sozialstaates, wie wir ihn heute kennen, machte die spontane, direkte Hilfe durch Privatpersonen und private Organisationen zu einer Notwendigkeit. Familien, Verwandtschaft, Glaubens- und Gesinnungsgemeinschaften, Gemeinden und Nachbarschaft waren die Netze der Solidarität, die zur Verfügung standen.

Wer sich nicht auf solche abstützen konnte, war wahrlich arm dran. Seien dies Flüchtlinge gewesen oder ledige Mütter –Arbeitslose oder Verdingkinder. Sie waren als Ausgegrenzte der Gesellschaft kaum in Solidaritätsnetze eingebunden. Hilfen, wie sie die Winterhilfe leistete, waren deshalb für sie oft die einzige Unterstützung und desto besonders wichtig.

Wie sah die Armut damals konkret aus? Ein Blick auf die Bildergalerie Ihrer Homepage zeigt Bilder der Armut aus einer Schweiz, die es heute so nicht mehr gibt. Die Armut war primär ländlich, bäuerlich. Der kümmerliche Hof, die überforderte Mutter, der abwesende Ernährer, die bleichen Kinder, die mangelhafte Kleidung, der ausgezehrte Greis, das sind die Bilder von damals. Es ging damals nicht selten um Hunger, um Kälte und ums Überleben.. Entsprechend sind Kleider, vor allem feste Schuhe, gesunde Nahrungsmittel und Obst, ein Bett die typischen Leistungen, auf die damals die armutsbetroffenen Bevölkerung angewiesen war und auf die sie hoffen durfte.

Wie sah das damalige Verständnis von Solidarität aus? Als die Winterhilfe gegründet wurde, war die Schweiz in ihrer Existenz bedroht. Solidarität war ein sehr wichtiger Begriff, auch wenn das Wort selber nicht gängig war. Die Schweiz als Solidargemeinschaft wurde damals in erster Linie sicherheitspolitisch gedacht. Der drohende Weltkrieg und die geistige Landesverteidigung standen im Zentrum. Der Zusammenhalt des Volkes war eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Überlebenskampf. Dieser Zusammenhalt bedingte auch einen sozialen Zusammenhalt. Es war nicht mehr die Zeit für Klassenkampf. Die Hilfe an die Armen war eine moralische Pflicht. Dies umso mehr, als es zu dieser Zeit, wie wir gesehen haben, neben der Armenpflege kaum Institutionen des Sozialstaates gab. Die AHV kam erst nach dem Krieg. Entsprechend lag die Verantwortung für die soziale Solidarität mit Ausnahme der Armenpflege, wie die Sozialhilfe damals hiess, bei den Privaten. Diese haben denn auch in jener Zeit grosse Leistungen für notleidende Menschen erbracht, die uns auch heute noch Respekt abringen.

Die Winterhilfe war damals durchaus konkret zu verstehen, gleichzeitig stand sie auch als Metapher. Die Hilfe war nicht nur saisonal, aber der Winter, anders als heute, war wirklich für viele Menschen mit einer Notlage, Hunger und Kälte, verbunden. Durch den Winter kommen, den Winter überstehen, das war damals mehr als eine Redewendung und nicht für alle eine Selbstverständlichkeit. Aber die Metapher stand für mehr, sie stand und steht für harte Zeiten, für Krisenzeiten und Mangel. Mangel an materiellen Gütern, aber auch Mangel an Zuwendung und Verständnis. Wie sehr im Übrigen der Winter als Metapher für Armut bis weit in unsere Zeit hinein wirksam geblieben ist, zeigte mir die heftigen politischen Kontroversen, die in der Stadt Zürich geführt wurden, als in den neunziger Jahren die so genannte Wintermantelzulage für Sozialleistungsbezüger gestrichen werden sollten. Längst hatte diese nichts mehr mit Wintermänteln zu tun und den Charakter eines Weihnachtsgeldes angenommen, doch in der politischen Debatte erstanden die alten Armutsbilder der Vorkriegszeit zu neuem Leben auf und lösten entsprechende Emotionen aus.

### **III.Private Hilfe und Solidarität im Sozialstaat**

Wie sah es danach aus? Der Zweite Weltkrieg gab dem Sozialstaat Schweiz einen mächtigen Entwicklungsschub. Waren die Wehrmänner im Ersten Weltkrieg noch für Monate und Jahre zum Dienst aufgeboten worden, ohne dass sie auch nur einen Franken Ersatz für das fehlende Einkommen erhielten, was Frauen und Kinder in harte Notlagen führte, gab es für die Wehrpflichtigen im Zweiten Weltkrieg immerhin schon eine gewisse Entschädigung. Doch dabei sollte es nicht bleiben. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg kam die Einführung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung und weiterer Sozialwerke. Auch in der Schweiz

entstand ein moderner Sozialstaat. Die gute wirtschaftliche Lage der Nachkriegsjahrzehnte erlaubte es, diesen immer mehr auszubauen. Im internationalen Vergleich verfügen wir heute über gute sozialstaatliche Leistungen. Die Nation verstand sich zunehmend nicht mehr nur als sicherheitspolitische, sondern auch als sozialpolitische Solidargemeinschaft. Die obligatorischen Sozialversicherungen liessen alle dazu gehören. Grundsätzlich sind alle Einwohner und Einwohnerinnen versichert und alle zahlen. Kaum ein anderes Land kennt eine so umfassende Beteiligung aller an den Sozialversicherungen und so wenige Ausnahmen wie die Schweiz.

Nach wie vor ist die Solidarität der Familie, der Verwandtschaft und der Nachbarschaften auch in dieser Zeit im Alltagsleben von sehr grosser Bedeutung. Der Staat kann und soll sie, insbesondere im immateriellen Bereich, nicht ersetzen. Im Bewusstsein der Menschen wurde der Sozialstaat mit seinen Werken gleichwohl immer mehr zum Garanten für die soziale Wohlfahrt. Der Begriff des Versorgerstaates taucht auf. Was in der Verfassung oft Jahrzehnte zuvor vorgezeichnet wurde, begann sich schrittweise mit Leben zu erfüllen. Diese Entwicklung lässt sich auch am Schicksal der Winterhilfe Schweiz exemplarisch nachzeichnen. Die grossen Aufgaben der Existenzsicherung und des sozialen Ausgleichs konnte nicht mehr von privaten Werken geleistet werden. Die sozialen Transferleistungen im Sozial- und Gesundheitswesen, die heute gegen 150 Mrd. Franken jährlich betragen, können nicht mehr Aufgabe privater Institutionen sein. Die moderne Gesellschaft ist heute auf eine tragfähige, verlässliche soziale Infrastruktur angewiesen, genauso wie sie funktionierende Verkehrswege oder ein ausgebautes Bildungs- oder Kommunikationswesen braucht. Angesichts des Ausbaus unseres Sozialstaates begannen sich Institutionen wie die Winterhilfe auf eine neue Rolle einzustellen und sich mit den Lücken im sozialen Netz zu befassen. Überbrückungshilfen, unbürokratische Interventionen, Einmalhilfen oft in Form von Geld oder Sachhilfen traten an die Stelle der Überlebenshilfe. Betten für Kinder, Zahnsanierungen für Menschen in Not, aber auch Beratungsleistungen oder Ausbildungsbeiträge wurden erbracht.) Werke wie die Winterhilfe nahmen sich der Nischen im Sozialstaat an. Sie wurden erklärermassen Nischenplayer. Insbesondere im Bereich der einkommensschwachen Familien gelang es ihnen, Menschen so zu helfen, dass sie der Sozialhilfe nicht bedurften. Das ist ihr grosses Verdienst. Sie bedienten sich allerdings weiterhin archaischer Armutsbilder, die in den Köpfen und Herzen der Bevölkerung noch verankert sind. Ihre Bedeutung liegt darin, dass sie stellvertretend für die Gesellschaft Zeichen der Solidarität setzt.

Für die betroffenen Menschen war und ist diese Hilfe mehr als Symbolik. Sie brachte und bringt durch den Tatbeweis zum Ausdruck, dass es Solidarität gibt, dass Hilfe an Bedürfte trotz aller Sozialtransfers nie ausschliesslich Aufgabe des Staates sein kann, sondern immer auch die Gesellschaft als Ganzes mit in die Pflicht nimmt, denn die Gesellschaft ist mehr als der Staat. Solidarität ist mehr als staatlich organisierte Umverteilung. Solidarität hat neben der funktionalen Dimension des Ausgleichs auch eine emotionale Dimension. Es bestehen persönliche Beziehungen zwischen Helfenden und Hilfebedürftig, die nicht paternalistisch zu sein brauchen. Kommt diese emotionale Dimension zum Tragen kommt, vermag Solidarität ihre ganze Kraft zu entwickeln. Kraft, die dem individuellen Bekenntnis zur Solidarität zugrunde liegt, aber auch das Wecken eigener Kräfte bei den Unterstützten selber. Dann eröffnet Solidarität Perspektiven, die für Armutsbetroffene so bitter nötig sind. Und dann erhält Solidarität auch ein menschliches Gesicht. Eine Solidaritätsgemeinschaft kann nur bestehen, wenn der und die Einzelne selber nach ihren Kräften dazu beiträgt, das eigene Schicksal in die Hand zu nehmen und wenn der Sozialstaat nicht nur auf gesetzlichen Vorgaben aufgebaut ist, sondern wenn die Solidarität vom Gemeinwesen mitgetragen wird.

Wie hält es das Gemeinwesen Schweiz mit der Solidarität? Erlauben Sie mir hierzu als früherer Delegierter des Bundesrates für die Solidaritätsstiftung aus eigener Betroffenheit einen kleinen Exkurs. Die Schweiz war vor zehn Jahren – Sie mögen sich erinnern – angetreten, einen Teil des Erlöses aus den überschüssigen Goldreserven für eine humanitäre Stiftung einzusetzen. Rund 150 Mio. Franken hätte diese Stiftung für humanitäre Zwecke im Ausland und soziale Zwecke im Inland einsetzen können. Bekanntlich ist dieses Projekt an der Urne gescheitert. Die Solidarität hatte einen schweren Stand. Warum war das so, fragt man sich im Nachhinein. Die Schweiz ist doch ein solidarisches Land. Das Spendenaufkommen ist in unserem Land weit höher als in vergleichbaren Ländern. Hat der Solidaritätsgedanken versagt? Drei Linien der Argumentation hatten sich damals abgezeichnet, welche die Solidaritätsfrage bis heute bestimmen:

- Kann es Sache eines Gemeinwesens, hier der Schweiz, sein, Solidarität zu üben? Ist das nicht vielmehr Sache der Privaten? Soll man neben der staatlichen Sozialwerke und der privaten Initiative noch ein zusätzlich ein humanitäres Werk schaffen und aus Mitteln der Allgemeinheit, bzw. Volksvermögen finanzieren? Die Grenzen zwischen privat und öffentlich sind meines Erachtens nicht einfach zu ziehen. Auch eine Gemeinde, eine Gemeinschaft, ein Land kann Solidarität beweisen. Es kann sich die nötigen Instrumente dazu geben. Die Grenzziehung zwischen privater und öffentlicher Hilfe ist aus meiner Sicht nicht sehr zielführend. Beide braucht es. Sie sind komplementär. Wie die Winterhilfe aus ihrer 75 jährigen Tätigkeit weiss, ist es die Hilfe, die für die Betroffenen in erster Linie zählt, weniger die Quelle aus der sie kommt.
- Die zweite Argumentationslinie bezog sich auf die Hilfe im Ausland, welche die geplante Solidaritätsstiftung neben der Inlandhilfe hätte leisten sollen. Die Unterscheidung zwischen Hilfe im Inland und Hilfe im Ausland ist im Volk stark verankert. Das zeigte sich klar im Spenderverhalten. Uns allen bleibt das Beispiel der Überschwemmung von im Jahr 2000 in Gondo, hinter dem Simplonpass, in Erinnerung, welche zur grössten je durchgeführten Sammelaktion der Glückskette mit einem Rekordergebnis geführt hatte. Die finanziell, wenn auch nicht operationell, erfolgreichste Aktion der Glückskette bleibt bis heute die Hilfe an die Überschwemmungsopfer in Gondo hinter dem Simplon. Man darf sich fragen, wie wohl das Sammelergebnis ausgegangen wäre, hätte es das nur zehn Kilometer entfernte italienische Iselle betroffen. Solidarität ist ohne Bezüge zu den Bedürftigen nicht denkbar. Sie bleibt abstrakt und ohne Leben. Institutionen wie die Winterhilfe haben die Aufgabe, immer wieder neu, diese Bezüge zu Bedürftigen, seien diese im In- oder Ausland, herzustellen, der Armut, die sie bekämpft, ein Gesicht zu geben und Solidarität so mit Leben zu erfüllen.
- Die dritte Argumentationslinie, die gegen die Solidaritätsstiftung aufgebaut wurde, war der fertig gebaute Sozialstaat. Es gebe heute keine Bedürfnisse mehr, die nicht durch die eine oder andere Institution abgedeckt werde. Ehrlich gesagt: Mit diesem Argument taten wir uns nicht leicht. Es war nicht einfach, Bereiche materieller Hilfe im Inland zu identifizieren, die nicht schon durch irgendein System abgedeckt waren. Und Sie als Nischenplayer im Sozialwesen wissen dies aus eigener Erfahrung auch. Der Sinn privater Hilfe im ausgebauten Sozialstaat erschliesst sich erst wenn wir weiter denken. Erst wenn wir Solidarität weiter denken als in den Strukturen des heutigen Sozialstaates, über das Materielle hinaus, kann sichtbar gemacht werden, was wir heute brauchen: Die Verbindung von materieller, immaterieller und emotionaler Unterstützung. Armut hat neben der materiellen Seite eine ganz wichtige andere Seite: Das Immaterielle. Hier liegt gerade die Chance der Privaten, diese Verbindung sichtbar zu machen. Armut ist mehr als materieller Mangel. Armut ist auch Ausgrenzung, Stigmatisierung und Kampf um

Anerkennung. Was nützt den Sozialhilfeempfängern, wenn sie zwar eine Unterstützung erhalten, gleichzeitig damit aber auch die Botschaft konfrontiert werden, sie seien Versager und eine Belastung für die Gesellschaft? In der Sozialhilfe hat die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS mit ihren Richtlinien dieses Jahr endlich einen bescheidenen Teuerungsausgleich für Sozialhilfeempfänger erwirken können. Doch was nützen diesen Menschen die zusätzlichen 17 Franken im Monat, wenn sich gleichzeitig ein Frost von Generalverdacht und Looser Image über sie ergiesst? Eine Institution wie die Winterhilfe ist aufgerufen, diese zweite Dimension der Armut sichtbar zu machen und auch den gesellschaftlichen Ausschluss zu bekämpfen. Gerade eine Institution, die so viele illustre Namen in ihren Gremien kennt, die so viele anerkannte Persönlichkeiten zu ihrem Umfeld zählen darf, ist prädestiniert, hier auch nach aussen zu treten und sie könnte hier eine Marke setzen.

#### **IV. Solidarität in Zeiten der Globalisierung**

Und wie –meine Damen und Herren – geht es weiter? Was bedeutet Solidarität in Zeiten der Globalisierung? Wie wollen wir die Zeichen der Zeit interpretieren? Die Aktualität gibt uns Gelegenheit, am heutigen Tag etwas weiter in die Zukunft zu schauen. Dabei bin ich mir sehr bewusst, wie riskant es ist, hierzu etwas zu sagen. Das Schwierige der Prognosen ist bekanntlich, dass sie die Zukunft betreffen. Und dabei werden wir uns immer wieder der Begrenztheit unserer Fähigkeit zur providentia, zur Voraussicht, bewusst. Was wissen wir schon, was in fünf Jahren sein wird? Wer hat nach der Wirtschaftskrise 2008 vorausgesehen, dass sich die Wirtschaft so schnell erholen würde, um alsdann wieder in eine Finanzkrise und Eurokrise zu stürzen von deren Tiefe und Dauer niemand eine genaue Ahnung hat? Auf die Gefahr hin, mich völlig aufs Glatteis zu begeben, möchte ich nun in diesem letzten Teil ein paar Gedanken mit Ihnen teilen, die mich bewegen.

Unsere nationalstaatlich organisierte Solidarität mit den Sozialwerken geht unter den Bedingungen unseres heutigen Wirtschaftssystems davon aus, dass das Kapital regelmässig Erträge generiert, welche die Finanzierung der Renten sicherstellt. Was, wenn das nicht mehr so sein sollte? Was, wenn insbesondere die Pensionskassen nicht mehr in der Lage sein sollten, die Altersvorsorge zu sichern? Was, wenn die Rentensicherheit einbricht? Was wenn die überschuldeten Staaten versucht sein sollten, ihre Schuldenlast über eine Inflation abzubauen. Was, wenn die Notenbanken sich dazu verleiten lassen, unbeschränkt Geld zu drucken und die Banknoten noch so viel Wert hätten, wie jene Bündel an Reichsmark in Millionenbeträgen, die ich aus Grossvaters Zeiten immer noch bei mir im Schreibtisch aufbewahre? Es braucht keine grossen Rechenkünste um zu sehen, dass sich Renten auch bei einer etwas erhöhten Inflation über zehn Jahre ohne Ausgleich ohne weiteres halbieren könnten. Sind wir darauf vorbereitet? Und wenn wir neunzig Jahre alt werden sollten, was dann? Wäre dann nicht die Solidarität der Nachgeborenen absolut entscheidend, um eine neue Altersarmut in Grenzen zu halten? Wie wenn die alten Bilder der ausgezehrten Greise neue Realität würden?

Die wirtschaftspolitische Ratlosigkeit hat einen Stand erreicht, wie ich ihn noch nie erlebt habe. Niemand scheint zu wissen, was ein Einbruch der Finanzmärkte, was ein Staatsbankrott für unsere Gesellschaften wirklich bedeuten könnten. Erfahrungen in Asien oder Südamerika haben uns gezeigt, dass innert Kürze die Instrumente der sozialen Sicherheit zusammenbrechen können. Millionen Menschen sind verarmt. Irgendwann sind diese Regionen zwar wieder auf einen Wachstumspfad gekommen, aber für Millionen von Menschen war die soziale Absicherung, mit der sie gerechnet hatten, zur Illusion geworden und ihr Leben mussten sie in bitterer Armut verbringen. An so etwas haben wir bisher in

Europa nicht gedacht. Ja, so wie ich mich gelegentlich frage, was am Morgen geschähe, wenn es keinen Strom mehr gäbe - keine öffentlichen Verkehrsmittel; keine Schliesssysteme, die öffnen; keine Kasse, keine Bankautomaten, die funktionieren; kein Computer, der aufstartet; keine Beleuchtung, die anspringt - so fragt man sich, was geschehen würde, wenn das Finanzsystem kracht. Niemand weiss es genau, alle befürchten einen Einbruch der Weltwirtschaft. Und der würde alle Generationen betreffen. Was haben wir für Antworten? Haben wir je daran gedacht einen ‚Stresstest‘ für das Soziale durchzuführen?

Wir kennen seit kurzem den Begriff des „too big to fail“ und meinen damit, dass Finanzinstitute zu gross sein könnten, als dass die Staaten deren Kollaps hinnehmen könnten. Bislang sind Konkurs gegangene Unternehmungen in der Regel juristisch durch sogenannte Auffanggesellschaften aufgefangen worden, welche einen Neustart ermöglicht haben. Und als unser Land über Nacht einer Grossbank mit Milliarden Beträgen unter die Arme greifen musste und es keine Auffanggesellschaft für diese Bank mehr gab, wurde mir bewusst, dass die ultimative Auffanggesellschaft der Staat, die Gesellschaft, selber ist. Es gibt keine andere. Der Staat ist es, der auffängt, was es für das Überleben einer Volkswirtschaft aufzufangen gilt. Und heute, wo ganze Staaten vor dem Bankrott stehen, muss ich mein Bild nochmals überholen, den offenbar gibt es neben Instituten, die „too big to fail“ sind, auch Staaten, die „too weak to help“ sind. Dann allerdings sind die Volkswirtschaften insgesamt bedroht. Was heisst das für die Solidarität?

Wir werden uns bewusst, dass wir es mit einer schizophrenen Situation zu tun haben: Während die Wirtschaft und Wertschöpfung globalisiert sind, bleibt die soziale Sicherheit national verankert. Die Mehrwerte werden international generiert, versteuert und verteilt. Es sind aber die Nationalstaaten, welche die soziale Wohlfahrt zu garantieren haben. Die globalisierte Wirtschaft kann in der grenzenlosen Welt ihre Standorte nach Belieben verschieben, nicht so die Staaten, die ihre Bevölkerung nicht nach Belieben auswechseln können. Die globalisierte Wirtschaft erlaubt es den Nationalstaaten nur mehr sehr begrenzt, auf die Wirtschaft Einfluss zu nehmen. Dies haben wir dieser Tage drastisch erlebt, in denen ein Krisengipfel der Staatschefs dem anderen folgte und nie sicher war und ist, ob ihre politischen Entscheide auf das Geschehen der Wirtschaft tatsächlich einen Einfluss haben. Im Gegensatz zu Zeiten, als Wirtschaft noch Volkswirtschaft genannt wurde besteht heute nur noch sehr begrenzt ein Bezug zwischen Volk und Wirtschaft. Je mehr sich diese entterritorialisiert, desto stärker wird die Stellung des Sozialstaates als Garant der sozialen Solidarität in Frage gestellt. Was heisst das für die Solidarität?

Solidarität hat mit dem Verhältnis zwischen Habenden und Nicht-Habenden, zwischen Arm und Reich zu tun. Wie steht es damit heute? Die Reichtumsgefälle wachsen unter der geltenden Weltwirtschaftsordnung stetig an. Zwar vermögen gewisse Schwellenländer aufzuholen, doch die Kluft zwischen Arm und Reich wächst an. Auch bei uns. Die Kluft ist das eine, das Bewusstsein darüber ist das andere. Immer mehr Menschen stellen fest, dass diese Unterschiede nicht in individueller Leistung begründet sind, sondern systemischen Ursprung haben. Ein kleiner Teil der Bevölkerung wird immer reicher, andere Bevölkerungsteile stagnieren oder verlieren. Das wird als ungerecht empfunden. Selbst Milliardäre plädieren heute für eine Erbschaftssteuer, weil sie nicht einsehen, weshalb ihre Erben – nicht tüchtiger und begabter als andere – mit Milliarden ins Leben treten sollen, während andere unter Kürzungen zum Beispiel bei Stipendien von Lebensperspektiven abgeschnitten werden sollen. Die soziale Gerechtigkeit scheint – was immer man darunter auch verstehen mag – verletzt. Die Solidarität ist in Frage gestellt, wenn sich Bevölkerungsteile als nicht mehr zuständig für das Wohlergehen anderer fühlen. Wenn die Präambel unserer Verfassung, wonach die Stärke des Volkes sich am Wohlergehen der

Schwachen misst, nur mehr eine Sonntagsrede ist. Was heisst das wachsende Wohlstandsgefälle für die Solidarität? Und was bedeutet diese Entwicklung für Werke wie die Winterhilfe?

In jüngster Zeit macht sich eine Protestwelle breit gegen diesen Zustand. Im Rampenlicht stehen „occupy Wallstreet“ in New York und die zahlreichen Ableger weltweit. Sie nimmt die eben genannten Entwicklungen ins Visier und stellt die Gretchenfrage: Wollen wir diese Entwicklungen länger mittragen? Ist es nicht Zeit, sich diese Frage tatsächlich zu stellen, ganz generell! Sind wir auf dem rechten Kurs? Oder haben wir uns an Vieles einfach gewöhnt, etwa an die Exzesse der Finanzwirtschaft, an Lohnunterschiede, an Armut und vergessen, Fragen zu stellen?

Der Protest wird zur Zeit mit dem Label ‚Kapitalismuskritik‘ versehen. Glücklicherweise ist die Bezeichnung nicht. Sie führt nämlich dazu, die heutigen Zustände und Entwicklungen mit Rückgriffen auf die Mottenkiste der Geschichte zu interpretieren. Und schon bald ergötzen sich Leitartikler an den alten dialektischen Schemata von Arbeit und Kapital. Karl Marx wird bemüht, der ja schon mehrfach geirrt hat, um die heutigen Zustände zu verteidigen. Ich wünschte mir neue intellektuelle Grundlagen, um die Phänomene zu beschreiben, mit denen wir es heute zu tun haben. Müssen wir wirklich auf die 150 jährigen Theorien eines Gelehrten zurückgreifen, der in der British Libery die Gesellschaft des 19. Jahrhunderts zu umschreiben versuchte? Können wir nicht mit neuen Begriffen und Theoremen die Realität des 21. Jahrhunderts zu erfassen suchen? Um allenfalls zu Lösungen zu kommen, die uns weiterführen?

Natürlich steht der Kapitalismus oder eher der Kasino Kapitalismus heute in der Kritik, der sich nach dem Fall der kommunistischen Gegenmodelle sowohl in der westlichen Variante der Demokratie als auch in östlichen Varianten der Volksdiktatur auf der Basis liberalisierter Ordnungen weltweit ungehindert durchgesetzt hat. Natürlich haben die Führer der Staaten und der Wirtschaft ein Legitimationsproblem, wenn ihre Vorausschau nicht weiterreicht als bis zur Öffnung der nächsten Börse in Tokyo, Frankfurt oder New York. Aber mit ins Bild gehört auch die Schuldenwirtschaft der Staaten, ein globaler Wettbewerb, der sich nur am monetären Mehrwert orientiert und es nicht mehr zulässt, die vielfältigen immateriellen, sozialen, ökologischen und kulturellen Werte zu schützen und zu mehren, welche sich einer monetären Beurteilung entziehen, gleichzeitig aber für jede Zivilisation entscheidend sind. Wir haben ganz offensichtlich noch keine neue Sprache gefunden, um mit diesen Fragestellungen umzugehen.

Lange sind wir davon ausgegangen, dass unsere Ordnung wirtschaftlich und sozial stabil bleibt. Verwerfungen der Geschichte, die auch am Anfang der Winterhilfe standen, waren uns wohl bekannt. Doch schienen aus einer anderen Zeit. Es war mit Blick auf die Zukunft zwar immer wieder einmal die Rede davon, dass wir die Schulden von heute nicht einer künftigen Generation überlassen sollten. Dass wir ihren Handlungsspielraum nicht einschränken sollen. Man wollte die Zukunft der nächsten Generation nicht mit Hypotheken belasten. Niemand scheint daran gedacht zu haben, dass es dazu gar nicht kommt. Dass sich nicht die künftige Generation mit unserer Schuldenproblematik herumschlagen muss, sondern wir selber. Dass die Finanzmärkte nicht auf die nächste Generation warten, sondern die Vertrauensfrage heute schon stellen. Plötzlich sind wir angesprochen. Unsere Renten, unsere Soziale Sicherheit noch lange bevor die nächste Generation an der Reihe ist. Das gibt zu denken und wirft noch einmal die zentrale Frage nach der Solidarität auf. Die Solidarität zwischen den Generationen. Sie ist wohl das zentrale Element jeder sozialen Sicherung.

Ja, es scheint, dass wir zurzeit in eine Zukunft schlittern, die uns bezüglich der gesellschaftlichen Fundamentals verunsichert. Was wird gelten, was nicht? Wohin geht die Reise? Weder praktisch noch theoretisch haben wir Instrumente in der Hand, um diese Zukunft verlässlich zu gestalten. Nur die Erfahrungstatsache bleibt uns, dass sich gewisse Schichten der Gesellschaft auch in dieser Situation besser behaupten werden als andere. Und damit wären wir schliesslich wieder bei der Solidarität, um die es bei der Winterhilfe geht:

Solidarität bedeutet letztlich das Vertrauen, dass die Familie, die Freunde, die Nachbarschaft, die Gemeinschaft, der Staat einen nicht hängen lässt. Was immer kommen mag: Dieses Vertrauen ist ausschlaggebend. Auch ein armer Staat kann solidarisch sein. Die klösterliche Gemeinschaft, so arm sie auch sein mag, kann Sinnbild der Solidarität sein. Ebenso können sich Angehörige eines reichen Staates entsolidarisieren. Sie verfolgen ihre eigenen Interessen ohne Blick nach links oder rechts. So wird es auch in Zukunft Institutionen brauchen, die diese Solidarität einfordern und sichtbar machen. Institutionen, die den Diskurs über Solidarität in der Gesellschaft nicht scheuen, den Stier bei den Hörnern packen und ihn nach der sozialen Gerechtigkeit befragen und ihm Gegenmodell den heutigen Lebenswelten und Selbstverständlichkeiten entgegenschleudern. Die Winterhilfe braucht es auch in nächster Zeit und nicht nur im Winter.